

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A) 73600-3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3668-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinab. Berlin O. N. Nr. 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beistellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. • Nr 33 • B 16

DIENSTAG, 20. JANUAR 1931

ABEND-AUSGABE • V

Curtius fordert Sicherheit

Die Außenminister sprechen über Abrüstung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
GENÈVE, 20. JANUAR

Das erste große Thema, das von der Abrüstung, ist im Welttribunal heute angesprochen worden, und ein Außenminister der großen Nationen hat dem Anheben der Verhandlungsbühne vorgelautet. Der Curtius, Briand. Die Außenminister werden nach folgen. Der formale Anlaß hat der Bericht der vorbereiteten Abrüstungskommission und der Konventionstentative für die Begrenzung der Waffnungen. Der Chef des Foreign Office, Henderson, der hier den Vorsitz führt, leitete den Redeakt um die Abrüstung ein: Jetzt müßten die Regierungen ihren Gedanken an die Fortschritt der Welt und Gesellschaft besinnen. In der ganzen Welt herrschen Arbeitslosigkeit, Armut, Elend und politische Unruhe. Jede Regierung befindet sich heute in Schwierigkeiten und jedes Volk hat zu leiden. Man kann nicht bestreiten, daß diese Schwierigkeiten und Zeiten von großer Zeit die Welt sind, die uns bedrückt. Es hinterläßt die Welt, die die Welt der letzten zwei Jahrzehnte bringt als Chancen, Mitglieder des Völkerbundes oder Nichtmitglieder, sich gegen diese Zeit zu setzen.

Das ist meines Wissens beiseite nicht die Gefahr eines Krieges in der nächsten Zukunft, wohl aber die Gefahr, daß wir durch Nicht-Abrüstung in eine Situation hineinkommen, die an jene von dem Krieg von 1914 erinnert. Man spricht heute viel von dem Risiko in das das System der Waffnungen. Aber es gibt kein Risiko mehr, das nicht der Autorität des Völkerbundes unterliegt, die keine noch so mächtige Regierung ohne Verlangen dürfte. Meine Regierung jedenfalls, sagt Henderson, kann ohne Fragen erklären, daß sie kein anderes Risiko kennt, als das große Risiko der ganzen Welt gegen den Krieg und gegen die Waffnungen, durch die er hervorgerufen wird.

Sie sind für die ganze Welt verantwortlich. Jeder Mann auf der Straße wünscht nicht die Beförderung ihrer Arbeiten zu sehen. Alle verabschieden den Krieg. Wenn wir hier für Frieden und Abrüstung sprechen, so sprechen wir gegen den andauernden Militarismus der Vergangenheit, und wir sprechen nicht nur für uns selbst, nicht nur für unsere Regierungen, sondern auch für jene künftigen Waffnungen, die in unsere Arbeit ihre Hoffnungen legen. Darum sind wir verpflichtet, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um einen vollen Erfolg der Abrüstungskonferenz sicher zu stellen.

Das Henderson sprach Dr. Curtius. Er schloß sich dem Zweck des britischen Außenministers an, sagte er doch: Wir sind in Deutschland den Konventionstentative selbst beizusetzen, wissen Sie. Seit dem 20. Januar ist der vorbereitete Abrüstungskonvention müßten wir mit jedem Jahre immer mehr erkennen, daß der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziel entfernt. Doch all unsere Erwartungen über die Konventionstentative hinsichtlich der Handelsstufen sind ein Stück der weltlichen Elemente herab, die zu einer wirklichen Abrüstung führen würden. Das Abrüstungssystem, das so einfach, leicht lösbar und die Stabilisierung des heutigen Waffnungshandels hinaus, zum Teil wurde es sogar noch eine Erhöhung dieses Waffnungshandels enthalten.

Dabei hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter ein Verständnis der deutschen Regierung für von dem Programm der Mehrheit der Kommission lösen müssen. Die Kommission ist schließlich keine Kommission, die sich nicht angeschlossen hat. Entweder wird man sich von dem Programm lösen, oder man wird eine zureichende Erklärung abgeben. Die kommende Konferenz wird nach dem annehmbaren Resultate zeitigen können. Man sei zunächst, wie sie an die Festlegung von Zahlen geht, die jetzt vorgelegene Methode durchgehend realisiert. Sie wird sich freuen den ersten Grundriß des Waffnungshandels, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder, zu zeigen, müssen und nicht Sicherheit gegen Unfähigkeit bieten dürfen.

Das hat schon meine Mitsprache ausgesprochen. Der Reichsführer Hermann Müller hat 1928 in dem Äußerlichen gesagt. Immer wieder hat die deutsche Regierung diesen Grundriß in dem letzten gemacht. Ich im Sommer vorigen Jahres in ihrem Memorandum zur Parawortnahme. Graf Bernstorff hat noch vor sechs Wochen für Deutschland paritätische Sicherheit verlangt. Es billige und unterzeichne seine Ausführungen ganz. Würde der Völkerbund diesen Grundriß prüfen, würde er bei dieser Aufgabe verbleiben, die darin besteht,

durch Waffnung allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, so müde er seine Friedensaufgaben verwalten, sein eigenes Ansehen ergründen und seine Ehrentätigkeit verlieren. Geht er aber seine Waffnungsaufgaben, so werden wir die ersten, die es anerkennen. Rinnanden kann mehr an Waffnung gelegen sein als dem besten Fall.

Grabi, der Außenminister Italiens, leitete die Stenographie ab, erwiderte das Datum für die Abrüstungskonferenz festzusetzen, da niemand mehr an eine Vertagung auf einen späteren Termin dachte. Die Waffnungen werden es auch nicht verhehlen, daß die Konferenz zur Gleichzeitigkeit der großen Waffnungsbudgets nicht zusammenkommen kann, während sich Europa mit dem Problem der wirtschaftlichen Umwälzung herumtummelt, die aus dem Krieg hinterlassen hat; während Milliarden von Schillingen und Staatsanleihen unsere Budgets leihen und Millionen von Arbeitlosen jeden Tag infolge der Wirtschaftskrise aus Hunger sterben werden.

Briands Antwort

Die Antwort gibt sofort zu, daß der Völkerbund in der Abrüstungsfrage an dem Hauptanfang ist, wo er Erfolg haben würde. Der Artikel 8 des Waffnungshandels selbst jetzt erfüllt werden, sagte Briand, wenn wir uns nicht jetzt entgegen wollen. (Artikel 8 verlangt die Beibehaltung der Waffnungen auf das mit der nationalen Sicherheit und der internationalen Verpflichtungen zu vereinbarenden Minimum.)

Briand leitete die bei aller Mangelhaftigkeit doch erfolgreiche Arbeit der Vorbereitenden Kommission. Die Konvention ist nur ein Rahmen. Die Konferenz müßte die Festlegung auf die erste Erfüllung bringen. Briand hat immer, er müßte wieder das abgegriffene Wort der Sicherheit gebrauchen. Es genügt nicht zu bestimmen, daß die Staaten so und so viel Waffen haben dürfen, denn die Waffen sind nicht das einzige, was ein Volk besitzt; es gibt noch ein moralisches Element, das unter allen Umständen von größerer Wichtigkeit ist, und das gerade im Zusammenhang mit den Waffnungen von ungeheurer Bedeutung ist.

Wie wird man die Waffen, die man besitzt, verwenden? Wird man sie nicht nutzen, daß es leider noch den Welt des Jahres in der Welt gibt, der keineswegs bereit ist abzurufen. Trotzdem wird man diesmal auf einen weitgehenden Erfolg rechnen. Nur dabei man sich nicht darauf verlassen, alles zu verlangen. Es werde eine erste Etappe sein, der andere folgen werden. Schon durch einen geringen Anfang werde das Gefühl der Sicherheit zu nehmen und weiterer Fortschritt ermöglicht.

Das verordnete Briand den Konventionstentative, der doch immerhin das Verdienst habe, die Einberufung der Konferenz zu bewerkstelligen.

Das ist ein erneuerter Fortschritt, erklärte Briand, erreicht in fünf Jahren. Das wird fünf Jahre für den Anfang zur Erreichung eines so alten Ideals?

Briand heugert sich für die fast effektive Verberichtigung der Konferenz, wo alle Waffner teilnehmen werden an der Diskussion des Problems. Wer begreife die Worte der Gerechtigkeit. Aber die Hauptfrage ist doch, daß wir uns nicht einander trennen. Alles andere kommt dann von selbst.

„So handelt sich hier“, so sagte Briand fast, „nicht um die Verantwortlichkeit eines Volkes, wenn auch heute die Verantwortlichkeit notwendig besteht, einmal wird die Zeit kommen, wo alle ausgenommen sein werden, wo jene Sicherheit zu Stande zu bringen und in der Zeit erfüllt sein, die heute so schwierig ist.“

Ich wird ich behauere, wenn man nicht begreifen will, daß es nicht möglich sein wird, das alles schon in der ersten Etappe zu verwirklichen, das Ziel gleich mit einem Schlag zu erreichen.

Am Schluß erklärte Briand noch die vollständigen Abrüstungsnotwendigkeiten der Waffner. Es wäre genügt sich, wenn man alle Waffen vernichten könnte, so daß keine mehr übrigblieben. Aber so wird es nicht sein. Man werde zunächst sehen, wenn die Konferenz die Erfüllung des Waffnungshandels bringe, so im Artikel 8 des Waffnungshandels gegeben sei.

Das Briand sprach noch der japanische Reichsführer Tokiomi. „Was ist die Bedeutung des Verleugerschlusses? Der Zweck der Formalisierung des Beschlusses einer politischen Diskussion notwendig. Auch die Geheimhaltung zur Festlegung des Datums der Konferenz, zur Bestimmung des Ortes und des Präsidenten wurde noch der vorbereiteten Stunde verzögert. Sie wird wahrscheinlich am Donnerstag stattfinden, die mögliche Ratifizierung für den britisch-polnischen Ratifizieren vorbereiten wird.“

Berlins Verfassung

Wir haben einen führenden Kommunalpolitiker, der sich seit langem um die gemeindlichen Verfassungsfragen befaßt, gebeten, sich gutachtlich über die Aussichten des Berliner Gesetzes zu äußern.

Als vor einigen Monaten der Vorlass des Deutschen Städtetages den Entwurf einer Reichsüberbauung vorabgab, ging es ihm weniger darum, eine sofortige rechtswidrige Regelung des kommunalen Verfassungsproblems zu erreichen, als in besonders eindringlicher Form zu zeigen, wie sich die leitenden deutschen Kommunalpolitiker über die Städtetage, die Reichstagsfraktionen der beiden Parteien und der Staatspartei haben den Entwurf noch im alten Reichstag als Präzedenzfall eingeleitet; Genetrum und Engländerdemokratie erklären, grundsätzlich für den Hauptpunkt einvernehmlich zu sein. Ein zweifelhafter Erfolg des Städtetages. Die eigentliche Bedeutung des Entwurfs liegt aber darin, daß das preussische Ministerium des Innern, das schon in einem frühen Stadium die Gedanken des Städtetages kannte, mit den Grundrissen übereinstimmend, auf die gleichen Basis die beiden großen legislativen Häuser eintraten, an denen es seit einem Jahr arbeitet. Gemäß der Referententwurf eines preussischen Selbstverwaltungsorgans als auch der Regierungsentwurf des Verfassungsorgans Groß-Berlin befaßt dieselben kommunalverfassungsrechtlichen Ideen. Es muß einmal ausgeprochen werden, daß das Innenministerium und seine Kommunalabteilung in den Jahren nach dem Krieg in aller Stille hochwichtige Reformarbeiten geleistet, vorbereitet und durchgeführt haben. In kürzester Zeit erreichte die planmäßige, kontinuierliche Umgestaltung des preussischen Verfassungsorgans, die Gegen Preussens höchsten Ansehen. Der ausgezeichnete Referententwurf des Selbstverwaltungsorgans ist vorläufig zurückgestellt; man hat sich offenbar darauf beschränkt, die Stimmen der kommunalen und der weiteren Öffentlichkeit zu hören, und legt ihm nun einwirken auf die Zeit für die föderale Selbstverwaltung der staatspolitischen Probleme wieder günstiger ist. Die Berliner Frage oder müßte vor allem anderen gelöst werden, wenn nicht für die Reichshauptstadt schwere Schädigungen ermaßnen sollten. Es müßte nur zuvor entschieden werden, ob der Waffnungshandels des Innenministeriums richtig und erfolgversprechend war.

Schon im Staatsrat, tiefem in der Öffentlichkeit ist und weit beachteten Kollegium des niedrigeren, erprobten Sachverständigen, wurde die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es einen Sinn habe, die ganzen politischen Fragen der Abgrenzung von Staatsauftrag und Selbstverwaltung bei Gelegenheit dieses Gesetzes zu entscheiden. Die Zeit ist jedoch nicht dazu angetan, eine ira et studio zu urteilen. Am liebsten passierte der Entwurf den Staatsrat. Mehrfach wurde unterlieh es auch in diesem Gremium, Berliner Sachverständigen zu hören, obwohl das genügt nötig war. Berliner Mitglieder des Staatsrats aus verschiedenen Fraktionen widersprachen wichtigen Punkten der Entwurf. Es hätte zu denken geben sollen, daß die Angehörige des Reichstages und der Einzelnen aus Berlin gegen ihre Kollegen aus der Provinz stimmten. Offenbar hatte man in Berlin eigene Ansichten über die Innenministerielle allgemeine kommunaler Prinzipien auf die Reichshauptstadt. Der Entwurf sollte inwiefern im Gemeinverwaltungsorgans des Reichstages liegen.

Die Tage wurde dadurch hervorzuheben, daß Oberbürgermeister und Verfassungsreform, teilweise miteinander in Verbindung gebracht, teilweise voneinander getrennt wurden. Ich habe (und glaube, darin mit den meisten meiner Kollegen einig zu sein) niemals daran gewagt, daß eine Verfassungsreform Berlin tiefen neuen Durchbruch bekommen dürfte und würde. Jetzt ist diese Ansicht abgemindert geworden. Minister Seeger ist, wie man hört, das von seinen Vorgänger begonnene Reformwerk fortsetzen und beendigen zu Ende führen, damit Berlin endlich zur Ruhe kommt und die Verwaltungsverhältnisse findet, die es seiner Größe und überragenden Bedeutung nach verdient.

Der Minister wird erst im Gemeinverwaltungsorgans liegen, wie er sich die neue Berliner Verfassung denkt. Die Lösung dieses wichtigsten und kompliziertesten Problems liegt in der Luft. Genau wie sich Regierung, Parteien und Kommunalpolitiker in ihrer überzogenen Mehrheit darüber einigt sind, wie die Verfassung